

Antrag Nr. 17-F-10-0030

AfD

Betreff:

Glyphosateinsatz auf den Landwirtschaftsflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden vermeiden
- Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.11.2017 -

Antragstext:

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 27.11.2017 die Zulassung des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat für weitere 5 Jahre verlängert. Trotz unterschiedlicher Interessenlagen zwischen Bundesumwelt- und Bundeslandwirtschaftsministerium hat die Bundesregierung der Verlängerung zugestimmt.

Glyphosat ist der meistgenutzte Wirkstoff in Pflanzenschutzmitteln nicht nur in der EU, sondern weltweit. Das Totalherbizid wird nicht nur für die Verringerung der Pflanzen- und damit auch Insektenvielfalt verantwortlich gemacht, sondern gilt auch als für den Menschen wahrscheinlich krebserregend.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. in neu geschlossenen Pachtverträgen für Landwirtschaftsflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden die Pächter zu einem Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenschutzmitteln zu verpflichten.
2. auch bei der Verlängerung bereits bestehender Pachtverträge auf eine Klausel zum zukünftigen Glyphosatverzicht zu bestehen.

Wiesbaden, 29.11.2017

Dr. Klaus-Dieter Lork
Fachpolitischer Sprecher
AfD Stadtverordnetenfraktion

Bernd Reismann
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion